

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P/XXIV/74

Bonn, den 18. April 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Es geht um die Führung des Staates</u> Zum Abschluß des Außerordentlichen Parteitagés der SPD	87
3	<u>Parlamentsreform als Teil der Demokratiereform</u> Von Dr. Hans Apel, MdB	47
4 - 5	<u>Wahlen in Jugoslawien</u> Wirtschaftsfachleute kommen an die Spitze Von Hans Peter Rullmann, Belgrad	82
6 - 7	<u>Die Stellung der DDR im Sowjetblock</u> Bilanz eines Seminars der Friedrich-Ebert-Stiftung	88

Es geht um die Führung des Staates

Zum Abschluß des Außerordentlichen Parteitagcs der SPD

sp - Bad Godesberg

Als Ergebnis des Außerordentlichen SPD-Parteitagcs in Bad Godesberg läßt sich feststellen: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands geht in den Wahlkampf zur Bundestagswahl am 28. September dieses Jahres mit dem festen Willen, die Führung im Staat zu übernehmen. Alle auf diesem Parteitag gehaltenen Reden und auch die Diskussionsbeiträge ließen spürbar erkennen, daß die Partei seit Verabschiedung ihres Grundsatzprogramms im Jahre 1959 in Bad Godesberg konsequent den Weg vorwärtsdrängender Reformen fortgesetzt hat.

Ob es hierbei um die Gesellschafts-, um die Wirtschafts-, Sozial- oder Finanzpolitik geht - in allen Bereichen der Innenpolitik will die Sozialdemokratie Bewährtes festigen sowie Gesellschaft und Staat in die Lage versetzen, die Probleme im letzten Drittel dieses Jahrhunderts zu meistern zu können. Das fast einstimmig verabschiedete Regierungsprogramm ist der Wegweiser für eine solche Politik. Es ist verpflichtend für jeden Sozialdemokraten, ganz gleich, wo er steht; als Mitglied oder beteiligt an der Führung einer Gemeinde oder des Staates.

Die Sozialdemokratie kann heute ihre Zielvorstellungen deshalb so selbstbewußt vertreten, weil viele ihrer Ideen im letzten Jahrzehnt auch von politisch andersdenkenden Bürgern übernommen wurden und zum Teil gemeinsam mit der Sozialdemokratie in die Tat umgesetzt werden.

Aus diesem Grunde ist es nur zu verständlich, daß die Sozialdemokratie in ihrem Regierungsprogramm jedes Pathos vermeidet, dagegen aber konkret sagt, wie sie an die Lösung der uns bedrängenden Probleme heranzugehen gedenkt.

Daß es auch auf diesem Außerordentlichen Parteitag Delegierte gegeben hat, die weitergreifen wollten, war zu erwarten; auch in einigen Anträgen war dies zum Ausdruck gekommen. Die Bilanz der Diskussionen, die zum Teil hart, aber immer kameradschaftlich und vom gegenseitigen Verständnis für die unterschiedlichen Positionen getragen waren, ergibt jedoch, daß die Sozialdemokratie als Ganzes die Realitäten der Welt, in der wir leben, klar erkennt.

Es mag sein, daß sich mancher Delegierte hierbei an Tage *E r - l a n d e r* erinnerte, dessen Name für das große Reformwerk der Sozialdemokratie Schwedens steht, eines Landes, das vor der Regierungsübernahme durch die Sozialdemokratie vor mehr als dreißig Jahren zu den ärmsten Europas gehörte, und dessen Söhne und Töchter auswandern mußten, wollten sie nicht verhungern.

Bei Betrachtungen zur Deutschlandpolitik war vor dem Parteitag hier und dort der Eindruck entstanden, Teile der SPD machten sich

Illusionen über die Möglichkeiten bei dem Versuch zur Überwindung der Spaltung Deutschlands und Europas. Auch hier wurden die Realitäten klar herausgearbeitet. Was als Realität erkennbar ist, wird offen ausgesprochen, und es wird erneut gezeigt, welchen Weg die Sozialdemokratie gerade auf diesem schwierigen Gebiet des Ringens um die Erhaltung des Friedens für gangbar hält. In der Entschließung zur Deutschlandpolitik wird erneut festgestellt, daß die DDR kein Ausland ist, daß aber geregelte Beziehungen zwischen den Regierungen der DDR und der Bundesrepublik entwickelt werden müssen, um einen der die gesamte europäische Politik belastenden Krisenherd zu beseitigen. Dies alles soll ohne Diskriminierung und selbstverständlich ohne Drohung der Anwendung von Gewalt geschehen.

Auch die außenpolitischen Vorstellungen der Sozialdemokratie sind wirklichkeitsnah und lassen deutlich erkennen, wie sehr die SPD eine auf die Erhaltung und Sicherung des Friedens gerichtete Politik als Grundlage für eine großangelegte innenpolitische Aktion der gesellschaftlichen und sozialen Reformen eines modernen deutschen demokratischen Staates betrachtet. Immer noch ist der Satz wahr, daß die besten Reformen in Nichts zerfallen, wenn es nicht gelingt, den Frieden zu erhalten. Gerade hier hat dieser Außerordentliche Parteitag der SPD in Bad Godesberg ganze Arbeit geleistet.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und eine von ihr geführte Regierung sind bereit, sich aktiv an den Vorbereitungen zur Herbeiführung einer europäischen Friedensordnung zu beteiligen, in der jeder europäische Staat mit gleichen Pflichten und gleichen Rechten seinen Platz einzunehmen hat. Selbstverständlich weiß jeder Sozialdemokrat, daß der Weg dahin steinig ist und daß Illusionen nicht zum erstrebten Ziel führen werden. Deshalb hat auch Willy Brandt noch einmal außer der Bereitschaft zur konstruktiven Mitarbeit an der Überwindung der Spannungen zwischen Ost und West unmißverständlich dargestellt, daß die Wirksamkeit des Verteidigungsbündnisses der freien Welt erhalten bleiben muß, solange nicht eine europäische Friedensordnung, die diesen Namen verdient, besteht. Gerade angesichts der jüngsten Ereignisse in einem Nachbarland und auch im Blick auf die anderen Unruheherde in der Welt, geht die Sozialdemokratie davon aus, daß ihre Bereitschaft zur Stärkung des Bündnisses ein wesentlicher Teil ihrer Politik zur Sicherung des Friedens ist.

Willy Brandts große Rede zum Abschluß des Außerordentlichen Parteitages der SPD in Bad Godesberg, die vorbehaltlose Zustimmung, die der SPD-Vorsitzende für die Darstellung der sozialdemokratischen Politik erhielt, der minutenlange Beifall, mit dem ihm die Delegierten dankten, lassen erkennen, daß die Sozialdemokratie wohlgerüstet in den Wahlkampf geht. Dieser Wahlkampf wird von der SPD mit wirklichkeitsnahen Vorschlägen für eine bessere deutsche Politik geführt werden; er wird im Zeichen des Anspruchs der Sozialdemokratie auf die Führung im Staat stehen.

+ + +

## Parlamentsreform als Teil der Demokratiereform

---

Von Dr. Hans Apel, MdB

Die Parlamentsreform tritt aus der Diskussion unverbindlicher Vorschläge und Erörterungen heraus. Die beiden großen Fraktionen des Bundestages haben ihre Vorschläge vorgelegt. In ihrer Ausrichtung unterscheiden sich allerdings die Reformvorstellungen von CDU/CSU und SPD. Während die Christdemokraten vor allem auf eine Veränderung der Parlamentsmaschinerie abzielen, liegt ein wesentlicher Akzent der sozialdemokratischen Vorstellungen auch auf der Parlamentsreform als Teil der Demokratiereform. Die SPD-Vorschläge sollen die Stellung des Parlaments gegenüber der Bürokratie stärken, den Einfluß und die Chancen der Opposition im Wettstreit mit den Mehrheitsfraktionen verbessern und den besseren Schutz der Bürgerrechte durch das Parlament gewährleisten.

Der neue Bundestagspräsident ist reformfreudig. Es ist auch verständlich, daß ihm als Chef der Verwaltung und als Repräsentanten des Deutschen Bundestages vor allem die innere Reform des Parlaments am Herzen liegt. Die Zahl der Ausschüsse, die Gestaltung der Plenardebatten und der Ausschubarbeit, der Umbau des Plenarsaales sind mehr oder minder wichtige Anliegen zur Verbesserung der Parlamentsarbeit. Die dazu vom Präsidenten vorgelegten Vorschläge sind eigentlich auch nur in einem Punkte stark umstritten: der Verringerung der Zahl der Fachausschüsse auf acht. Der Fünfte Bundestag hatte versucht, jedem Bundesministerium einen Fachausschuß gegenüberzustellen. Dieses Prinzip konnte nicht völlig durchgesetzt werden, hat sich aber dennoch bewährt. Es ermöglicht die direkte Kontrolle eines Ministeriums durch einen Ausschuß des Parlaments.

Wenn in Zukunft nach den Vorstellungen von Herrn von Hassel zum Beispiel der Finanzausschuß, der Wirtschaftsausschuß, der Landwirtschaftsausschuß, der Verkehrsausschuß, der Postausschuß zu einem Parlamentsausschuß zusammengefaßt werden sollte, dann wäre das schädlicher. Hinzu käme, daß sich zwangsläufig eine Reihe von Unterausschüssen dieses Wirtschafts- und Finanzausschusses bilden müßten. Die eingehende Erörterung einer wirtschaftspolitischen Frage mit finanzpolitischen Konsequenzen wäre also im Plenum dieses Groß-Ausschusses dennoch nicht gegeben. Es würde lediglich nach Abschluß der Arbeiten in einem Unterausschuß vor den abschließenden Plenarlesungen eine weitere Lesung im Wirtschafts- und Finanzausschuß stattfinden. Ob diese einen wichtigeren Sachbeitrag liefern würde, ist zweifelhaft. Denn es ist ja nicht so, daß nicht auch jetzt die mitberatenden Ausschüsse und die Arbeitskreise der Fraktionen nicht korrigierend und leitend in die Arbeiten der Experten eingreifen.

Ende April werden die Vertreter der Bundestagsfraktionen zusammen treten, um mit dem Bundestagspräsidenten nach einer einheitlichen Konzeption zur Parlamentsreform zu suchen. Wichtig dabei ist, daß auch die über Veränderungen der Arbeits- und Organisationsweise des Bundestages hinausgehenden Vorstellungen geklärt werden. Die Parlamentsreform ist nur dann von weittragender Bedeutung, wenn sie einen Teil der Demokratiereform ist. Sie allein stärkt die Stellung des Bundestages im politischen Bewußtsein unserer Bürger.

## Wahlen in Jugoslawien

---

### Wirtschaftsfachleute kommen an die Spitze

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

In den Tagen zwischen dem 9. April und dem 12. Mai finden in ganz Jugoslawien Wahlen statt. Die lange Dauer des Wahlvorganges erklärt sich aus der Kompliziertheit der jugoslawischen Verfassung, die im vergangenen Jahr abermals verändert worden ist. Die Verfassung sieht nämlich vor, daß nur der geringere Teil der insgesamt über 44.000 neuen Abgeordneten von der Gesamtbevölkerung direkt gewählt wird. Auf dem Wege direkter Abstimmungen, an denen alle wahlberechtigten Bürger teilnehmen dürfen, werden in Jugoslawien nur die Abgesandten für die sogenannten gesellschaftspolitischen Kammern des Bundes- bzw. der Länderparlamente gewählt sowie für die Gemeinderäte. Der größte Teil hingegen wird von den Beschäftigten gewählt, die in allen Parlamenten, sowohl auf der Bundes- als auch auf der Landes- und Gemeindeebene, über eigene Kammern etwa für soziale, kulturelle oder wirtschaftliche Fragen verfügen. Darüber hinaus besteht das jugoslawische Bundesparlament aus zwei Kammern, deren eine, der "Rat der Nationen", wiederum von den Landesparlamenten nach deren Wahl besetzt wird.

Kurz zusammengefaßt heißt das, daß die jugoslawische Verfassung, die sich als sozialistisch bezeichnet, den Arbeitern und Angestellten ein doppeltes Wahlrecht zubilligt und angesichts der komplizierten Situation zwischen den verschiedenen Völkerschaften im Lande den unterschiedlichen Nationen größere Rechte als zuvor einräumt.

Natürlich haben die wenigsten jugoslawischen Wähler diesen Vorgang vollkommen verstanden, so daß sich am serbischen Osterfest, als die direkten Wahlen stattfanden, der Gang zur Wahlurne vor allem in den Städten nur recht müde abwickelte - die Furcht vor etwaigen Konsequenzen im Falle einer Stimmenthaltung, die in Jugoslawien von heute übrigens unbegründet ist, und eine seit Monaten andauernde Werbung für die Wahlen trugen dazu bei, daß die Wahlbeteiligung am Ende weitaus größer war als das echte Interesse der Bevölkerung an der Neubesetzung aller wichtigen Funktionen im Staate.

Das mangelnde Interesse der Bevölkerung, durch gleichzeitig stattfindende Gottesdienste und Fußballmatches noch weiter dezimiert, hat allerdings auch noch andere Gründe: Im Gegensatz zu den meisten vorangegangenen Wahlen hatte der "Bund der Kommunisten Jugoslawiens" beziehungsweise seine National-Front-Organisation, der "Sozialistische Bund der Werktätigen", der mit der Organisation der Wahlen beauftragt worden war, ursprünglich die Möglichkeit zugelassen, daß sich für einen freiwerdenden Posten gleich mehrere Kandidaten zur Wahl stellen können. Vor allem auf dem Lande stieß dieses Entgegenkommen der Partei auf großes Interesse und in einigen Dörfern bewarben sich zu Beginn der Wahlkampagne gleich Dutzende von Aspiranten um einen der mehr oder min-

der einflußreichen und übrigens auch gut dotierten Posten. (Ein Bundes-Skupschtine-Abgeordneter erhält mindestens 2.500 Neue Dinar monatlich, was dem dreifachen Durchschnittsgehalt eines dauerbeschäftigten Jugoslawen entspricht.)

Doch nicht nur politisch interessierte Bürger, die ihr Eigenprogramm im Rahmen der Konzeption des Bundes der Kommunisten vertreten wollten oder ganz einfach die Chance sahen, eine persönliche Karriere zu machen, meldeten sich zu Wort, sondern auch Gegner des Titoschen Kurses, in erster Linie albanische Nationalisten im Minderheitsgebiet Kosovo, unzufriedene Studenten, die man als maoistisch bezeichnen könnte, ehemalige Partisanen, denen eher ein zentralistischer Kampf-Kommunismus vorschwebt, Vertreter religiöser Gemeinschaften, die das ideologische Vakuum der Partei nun durch ihre eigenen Vorstellungen aufzufüllen versuchen, und am Ende sogar bürgerliche Vorkriegspolitiker, die zum letztenmal im Jahre 1945 die theoretische Chance hatten, sich bei Wahlen aufstellen zu lassen, damals aber darauf verzichteten.

Die Partei, die durch eine solche Entwicklung ihre eigene Führungsrolle plötzlich in Gefahr sah, schaltete noch während der Wahlen auf einen härteren Kurs um, indem sie durch sogenannte Wählerversammlungen und Kandidatenkommissionen alle Bewerber eliminieren ließ, die sich nicht in das Konzept der Titoschen Politik einfügen lassen. Das Resultat des rigorosen Siebvorganges war, daß auch diesmal wieder vor allem für die wichtigen Abgeordnetensitze, etwa in der Bundesvollversammlung, nur je ein Kandidat auf den Wahllisten erschien, so daß der eigentliche Wahlgang nur noch ein Akt der Zustimmung zu bereits gefaßten Beschlüssen sein konnte.

Trotzdem muß doch festgestellt werden, daß auch eine Reihe kommunistischer Organisationen ihre Vorstellungen nicht verwirklichen konnte. Statt mehr Arbeiter aus den Betrieben, mehr Frauen und Jugendliche in die Vertretungen schicken zu können, sieht die neue jugoslawische Bundesversammlung eher wie ein Kabinett von Fabrikdirektoren aus.

Für die zukünftige Innen- und Außenpolitik Jugoslawiens ist das ein interessantes und von der Parteispitze wahrscheinlich gewolltes Ergebnis. Es zeigt an, daß Jugoslawien gewillt ist, auf dem eingeschlagenen Weg der Wirtschaftsreformen trotz aller Kritiken, die man aus dem Osten zu hören bekommt, weiterzuschreiten. Ein Staat, der von Fachleuten aus der Wirtschaft regiert wird, dürfte außerdem immer weniger anfällig für ideologische Argumente sein, die eine rasche Modernisierung, wie die Praxis in anderen kommunistischen Ländern zeigt, nicht gerade erleichtern.

+ + +

## Die Stellung der DDR im Sowjetblock

### Bilanz eines Seminars der Friedrich-Ebert-Stiftung

PN - Unter dem Leitgedanken "Die Stellung der DDR im Sowjetblock" stand das von der Friedrich-Ebert-Stiftung kürzlich einberufene Seminar in der Heimvolkshochschule Bergneustadt. Referate und Korreferate "Die Position und das Potential der DDR in Ost-Europa" (Dr. Eberhard Schulz, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik), "Der Einfluß der DDR auf die Deutschlandpolitik der Warschauer-Pakt-Staaten" (Stephan G. Thomas, Direktor des Deutschlandfunks Köln, Dr. Gerhard Wettig, Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien Köln) und "Chancen für eine Neuregelung des Berlin-Status" (Prof. Dr. Rolf Krengele, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Dr. Dieter Mahncke, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik) lösten eine lebhaft diskutierte Diskussion aus.

Das Ergebnis des Colloquiums kann wie folgt skizziert werden: Als im Jahre 1917 die Sowjets ihr Friedensmanifest mit der Parole "Mit Frieden an die Macht" proklamierten, meinten sie es ernst damit. Sie suchten nach dem Ersten Weltkrieg ein gutes Verhältnis zu Deutschland. Von der übrigen Welt getrennt und nicht anerkannt, entstand in den 20er Jahren eine Zusammenarbeit mit Deutschland auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet. Als "Potential" diente das Deutsche Reich den Sowjets als Vorbild. Dies kam auch noch nach dem Zweiten Weltkrieg, im Jahre 1945, zum Ausdruck. Die Sowjetunion wollte weder eine endgültige Besatzungszone, noch eine Teilung Deutschlands, sondern strebte vielmehr eine Kontrolle über das gesamte Reichgebiet an. Hier bildeten Berlin und das Ruhrgebiet Kernpunkte dieser Politik.

Nach Konstituierung der Montanunion im Jahre 1952 erkannten die Sowjets, daß die als Provisorium betrachtete DDR nicht die beste, aber die beste erreichbare Lösung für sie sei. Entsprechend dieser Einsicht gewann die Position der DDR im Ostblock eine größere Bedeutung. Trotzdem ist es der DDR bis zum heutigen Tage nicht erlaubt, ohne Zustimmung der Sowjetunion eigene Politik zu betreiben.

Das Potential der DDR im Ostblock ist von Jahr zu Jahr gestiegen. Ihre Ausfuhr in die Sowjetunion beträgt heute bereits 1/5 der erzeugten Konsumgüter und 1/3 der hergestellten Maschinen und Industrieausrüstungen. Im gesamten Ostblock werden Lieferungen aus der DDR den Qualitäten der West-Ausfuhr gleichgestellt.

In Bergneustadt wurde dargestellt, daß die DDR heute nicht mehr nur ein Objekt der sowjetischen Politik, sondern ein Faktor ist. Die Teilung Deutschlands entspricht heute den Wünschen des Ostblocks. Auf wirtschaftlichem Gebiet sucht die Führung der DDR von sich aus und freiwillig eine enge Bindung an die Sowjetunion. In der Außenpolitik gibt es nur bei oberflächlicher Betrachtung Übereinstimmung mit der Sowjetunion, denn die Interessen laufen oft parallel nebeneinander, ohne daß sie identisch sind, so z.B. von 1966-1968 die Eskalation gegen die Bundesrepublik und 1968 die Besetzung der CSSR.

Schon bei der Bildung der Regierung der Großen Koalition zeigten sich deutliche Gegensätze. Während die DDR eine negative Haltung einnahm und sich verstärkt bedroht fühlte, hatte man in der Sowjetunion die Hoffnung, daß eine Lockerung der Beziehungen zur NATO und den USA eintreten würde. Deshalb wurden auch die Angriffe auf die Bundesrepublik und die Solidaritätserklärungen mit der DDR eingestellt. Dies änderte sich erst, als die Bundesregierung ihre feste Bindung zur NATO und zu den USA erneuerte; die Sowjetunion schwenkte wieder auf den Kurs der DDR ein. Trotzdem muß auch sie auf die Forderungen der übrigen Ostblockstaaten, die ein besseres Verhältnis zur Bundesrepublik haben als die DDR, Rücksicht nehmen.

Bei der Frage, welche Chancen für eine Neuregelung des Berlin-Status bestünden, waren sich die Teilnehmer nicht immer einig darüber, in welcher Form eine Verbesserung angestrebt werden soll. Einigkeit bestand jedoch darin, daß der jetzige Status quo auf die Dauer nicht haltbar ist, daß aber die Freiheit Westberlins erhalten bleiben müsse. Kritisch wäre zur Zeit weder die wirtschaftliche, noch die politische Lage Berlins, wohl aber das Meinungsklima. Prof. Krengel erläuterte ein vom Berliner Senat angefordertes und erstelltes wissenschaftliches Gutachten, an dem er maßgeblich beteiligt war. Grundlage des Gutachtens bilden drei Modelle, nach denen die Bundesrepublik, nicht abwartend auf Gespräche zwischen Sowjetunion und den USA, selbst die Initiative ergreifen soll. Als erste Handlung wurde der allmählich stillschweigende Verzicht der unmittelbaren Präsenz des Bundes vorgeschlagen, um damit langfristige Konzeptionen verbinden zu können. Damit würde noch keine Anerkennung ausgesprochen und die eigene Westintegration wäre nicht gefährdet. Gleichzeitig könnte die latente und zunehmende Unsicherheit der Westberliner Bevölkerung beseitigt werden.

Natürlich war man sich auch der Nachteile dieser "Schritte" bewußt, wenn der Abbau der Präsenz von der DDR bzw. der Sowjetunion nicht honoriert wird. Man rechnet aber nicht mit einer solchen Reaktion, da der jetzige Status Westberlins auch für die Gegenseite unbequem ist. Außerdem konnte man auf das kürzliche Angebot der Sowjets verweisen, Passierscheingespräche zu führen, wenn die Bundesversammlung nicht in Berlin stattfindet.

Wenn auch das Seminar keinen Einfluß auf die große Politik ausgeübt hat - was auch nicht beabsichtigt war - so konnte man doch die Erkenntnis gewinnen, daß die ernstesten Probleme der innerdeutschen Beziehungen erkannt wurden und daß es nötig ist, durch ständige Kontaktsuche eine Verbesserung der Lage anzustreben.